

Langhammer, Rolf J.

Book Part — Digitized Version
Diskussionsergebnis

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Langhammer, Rolf J. (1984) : Diskussionsergebnis, In: Bohnet, Michael Donges, Juergen B. Langhammer, Rolf J. (Ed.): Der Welthandel morgen: Konsequenzen für entwickelte und unterentwickelte Länder, ISBN 3-87959-225-X, Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart, pp. 221-226

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3337>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rolf J. Langhammer

Diskussionsergebnis

Die Diskussionen wurden durch die Referate von Hans-R. Hemmer und Herman Muegge eingeleitet. Während Hemmer die Erfolgsbedingungen eines evolutiven Entwicklungsprozesses und die Funktionen einer künftigen Weltwirtschaftsordnung diskutierte, legte Muegge den Schwerpunkt auf die Friktionen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. In der Diskussion wurden für beide Ansätze die Begriffe Soll- und Ist-Theorie geprägt. Die Mehrzahl der Teilnehmer betonte die Interdependenz zwischen Entwicklungsprozeß und Weltwirtschaftsordnung und erörterte diese Interdependenz am Beispiel dreier allgemeiner, d.h. nicht entwicklungsstandspezifischer Handelsstrategien und dem Beitrag der Welthandelsordnung. Der umfassendsten Strategie (Öffnung der Weltmärkte) wurden die Ankoppelung schwächerer Partner an innovative Länder (Beispiel: ASEAN – Japan) sowie vor allem die Ausweitung des Handels zwischen Entwicklungsländern (Süd-Süd-Handel) gegenübergestellt. Einige Teilnehmer warnten in diesem Zusammenhang jedoch vor unbegründeter Euphorie. Weder hätten die traditionellen regionalen Integrationsgemeinschaften schwere Verteilungskonflikte verhindern können (Ostafrikanische Gemeinschaft, LAFTA, Zentralamerikanischer Gemeinsamer Markt u.a.), noch hätten sich die Entwicklungsländer bislang auf konkrete globale, d.h. alle Länder umfassende Liberalisierungskonzepte im Süd-Süd-Handel einigen können. Immer noch überwöge die Abkoppelungsvorstellung, Nord-Süd-Handel durch Süd-Süd-Handel zu ersetzen, anstelle der Strategie, hochgeschützte heimische Industrien einer stärkeren Konkurrenz aus Entwicklungsländern auszusetzen. Gerade weil diese Konkurrenz als sehr stark eingeschätzt würde, sei die Liberalisierung des Süd-Süd-Handels bislang

in sehr bescheidenen Anfängen steckengeblieben. Es wurde zudem darauf hingewiesen, daß eine weitere Regionalisierung des Welthandels über Süd-Süd-Präferenzen dem sinnvollen, weil transparenten Gebot der Nichtdiskriminierung in der gegenwärtigen Welthandelsordnung entgegenstünde.

Transparenz sei ein Vorteil, der vor allem den schwächeren und mit schlechteren Informationen ausgestatteten Marktteilnehmern zugute käme. Dagegen wandten viele Teilnehmer ein, daß eine künftige Welthandelsordnung den außerordentlichen Unterschieden im Entwicklungsstand innerhalb der Dritten Welt Rechnung tragen müßte und daß uniforme Regeln wie allgemeine Nichtdiskriminierung und unbedingte Meistbegünstigung diesen Unterschieden nicht gerecht würden.

Man einigte sich, Normen und gegenwärtigen Stand der Welthandelsordnung am Beispiel dreier Typen von Ländern zu diskutieren:

- Ländertyp I: Industrielle Anbieter
- Ländertyp II: Rohstoffanbieter
- Ländertyp III: Die am wenigsten entwickelten Länder, die bislang weder über ein wettbewerbsfähiges Rohstoff- noch Industriegüterangebot verfügten.

Zum Ländertyp I:

Als wesentliches Problem der fortgeschrittenen Industriegüteranbieter wurde der Marktzugang in den Industrieländern hervorgehoben. Jede Reform der Welthandelsordnung müsse daher als Norm die Öffnung der Märkte anstreben. Wie dies erreicht werden könnte, blieb kontrovers. Zwar herrschte Einigkeit darüber, daß das geringe wirtschaftliche Wachstum in den Industriestaaten Verteilungskonflikte und damit auch den Protektionismus als eine Erscheinungsform von Verteilungskonflikten verschärft habe. Jedoch bestand Zweifel darüber, ob eine Wachstumsbelebung quasi automatisch den Protektionismus abschwächen würde. Hier wurde eingewandt, daß Protektionismus

zunehmend sektorspezifische und selektive Bezüge und weniger konjunkturelle Ursachen hätte. Eine Kontroverse entspann sich darüber, wie das Wachstum in den Industriestaaten wiederbelebt werden könnte. Während einige Teilnehmer für eine aktive Wachstumspolitik als konzertierte Aktion von Industriestaaten plädierten, sahen andere in der Aufhebung von Inflexibilitäten und Zugangsbeschränkungen auf Güter- und Faktormärkten wesentliche Anreize zum Strukturwandel und Wachstum.

Als Haupthindernis für eine wirkungsvolle Bewegung gegen Protektionismus wurden gut organisierte Lobbyinteressen auf dem politischen Markt für Protektionismus sowie die Tatsache betont, daß in der gegenwärtigen Welthandelsordnung keine Sanktionen für diejenigen Staaten drohten, die einseitig die GATT-Regeln der Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung oder sonstige internationale Wettbewerbsprinzipien verletzen würden. Zudem würden Liberalisierungsansätze oft durch das Beharren auf gleichwertigen Gegenkonzessionen blockiert. Wirkungsvolle Mitstreiter für Marktöffnung fänden die Industriegüteranbieter allerdings in den so oft kritisierten multinationalen Unternehmen, sofern diese exportorientiert in den betreffenden Ländern investiert hätten. Was den Reifeprozess im Industriegüterangebot der Entwicklungsländer anlangt („upgrading“), so wurde betont, daß es einerseits gezielte Abwehrmaßnahmen der Industriestaaten gegen upgrading (so Zolltarifeskalationen, nicht-tarifäre Hemmnisse) gäbe, daß aber auch andererseits Industriestaaten Entwicklungsländer in einen forcierten upgrading-Prozess trieben, wenn die Märkte für einfache Güter durch mengenmäßige Beschränkungen verschlossen würden.

Zum Ländertyp II: Rohstoffanbieter.

Hier wurde zunächst auf die negative Wirkung von erratischen Preisschwankungen auf den internationalen Rohstoffmärkten für die Planungssicherheit und damit Investitionsbereitschaft in rohstoffproduzierenden Entwicklungsländern hingewiesen. Teilweise würden diese Preisschwankungen auch durch den Agrarprotektionismus

der Industriestaaten verursacht, die Instabilitäten von heimischen Märkten auf Weltmärkte abwälzten.

Einigkeit über die anzustrebende Norm bestand darin, daß eine künftige Weltwirtschaftsordnung möglichst keine, von den Marktbedingungen abweichenden, zusätzlichen Anreize zur Erhöhung der Rohstoffproduktion in Entwicklungsländern geben sollte. Gegen solche Anreize sprächen kommende sprunghafte technologische Veränderungen (Substitution von Kupferkabeln durch Glasfaser), sinkende Einkommenselastizitäten bei einigen agrarischen Rohstoffen (Kaffee), geringe Verarbeitungspotentiale (Bananen) sowie die erheblichen Ressourcen, die alternativen sinnvollerem Verwendungen entzogen würden, würden sich nationale und internationale Organisationen darauf konzentrieren, Rohstoffmärkte mit dirigistischen Lösungen zu stabilisieren. So wurde die These vertreten, daß eine Kartell-Lösung geringere Alternativkosten als Abkommen zwischen Anbietern und Nachfragern hätte, weil bei der Kartell-Lösung die Stabilisierungskosten ebenso wie die Kosten im Falle des Scheiterns auf der Anbieterseite lägen. Bei der Abkommenslösung hingegen trügen die Nachfrager die Kosten und nicht die Anbieter. Somit lägen größere Anreize zur sanktionslosen Preiserhöhung und damit Ausweitung der Produktion bei der Abkommenslösung. Gegen diese These wurde das Scheitern von Kartell-Lösungen auf breiter Front, einschließlich des OPEC-Kartells, ins Feld geführt. Einig war man sich, daß die Harmonisierung von Zolltarifen in Industrieländern (hohe Zölle werden überdurchschnittlich stark gesenkt) ein wirksamer Beitrag zur Verlagerung von Weiterverarbeitungsprozessen in rohstoff-exportierende Entwicklungsländer sei. Dennoch sei diese Strategie wegen des begrenzten Weiterverarbeitungspotentials bei vielen Rohstoffen nur eine flankierende Maßnahme. Im Vordergrund müßten Anreize stehen, die dämpfend auf die Rohstoffproduktion einwirkten.

Zum Ländertyp III: Am wenigsten entwickelte Länder.

Bei der Frage, wie die am wenigsten entwickelten Länder überhaupt zu einer Exportfähigkeit herangeführt werden

könnten, kam es zu Diskussionen, die weit über den ökonomischen Rahmen hinausgingen. Aspekte wie Kulturtradition als öffentliches Gut, die Notwendigkeit einer sozio-kulturellen Identität als Basis eines Entwicklungsprozesses, das Fehlen von kollektiven Gütern wie Rechtssicherheit als Voraussetzung für Kreditbeziehungen, Investition und Produktivitätsfortschritt, das hohe Ausmaß an persönlicher Bereicherung in vielen Ländern als Folge von Markteingriffen und Machtbefugnissen sowie das Verhalten der politischen Eliten wurden angesprochen. Die Arbeitsgruppe war sich darüber einig, daß das rasche Bevölkerungswachstum bei gleichzeitigem Rückgang der Nahrungsmittelproduktion in diesen Ländern (beispielsweise Sahelzone) ein alarmierendes Signal für die Dringlichkeit von Entwicklungskonzepten sei. Diese müßten dem Handelsaspekt vorgeschaltet werden. Es wurde angeregt, nicht nur weltweite Sozialpläne und eine passive Sanierung als Ausweg aus der Existenzkrise der ärmsten Länder ins Auge zu fassen, sondern auch nach unorthodoxen Lösungen zu suchen. So könnte beispielsweise den in den Ländern Ansässigen von Individuen in Industrieländern ein Leistungseinkommen dafür gezahlt werden, daß sie ökologisch sensible und wichtige Regionen (tropischer Regenwald) einschließlich der dort lebenden Fauna pflegten und erhielten, anstatt den aussichtslosen Weg der Industrialisierung zu beschreiten. Ob derartige Überlegungen allerdings in das von westlichen Entwicklungsstrategien beherrschte Denken der Machteliten paßten, blieb offen. Diskutiert wurde auch die Frage, wer die Legitimation und Kompetenz besäße, den ärmsten Entwicklungsländern Strategien zu empfehlen. Deutlicher als bei bereits fortgeschrittenen Ländern stelle sich hier die Frage, ob nicht die Industrieländer die geringste Kompetenz besäßen.

Abschließend kam die Rolle des Staates in einer internationalen Weltwirtschaftsordnung zur Sprache. Einen starken Staat, frei von Korruption und effizient in der Produktion der von ihm bereitzustellenden öffentlichen Güter, gäbe es in den meisten Entwicklungsländern nicht. Vielfach setze der Staat statt dessen Preissignale in falscher Richtung

(Beschäftigungsgarantien für Hochschulabsolventen), produziere er private Güter hinter hoher Protektion, vernachlässige er die öffentlichen Güter und ermuntere er durch eine Vielzahl von Marktzugangskontrollen und Verleihung von Verteilungsrechten private Bereicherung durch Korruption (rent-seeking). Dagegen wurde eingewandt, daß der Staat vielfach unternehmerische Funktionen übernehmen müsse, weil es an heimischen Unternehmern mangle. Inwieweit der Staat allerdings auch durch seine Aktivitäten Unternehmer verdränge und entmutige, wurde zwar diskutiert, aber nicht zu einem Konsensus gebracht. Ein schwacher, weil seiner Rolle im Wirtschaftssystem unsicherer Staat sei, so wurde abschließend diskutiert, in den zunehmend an Bedeutung gewinnenden internationalen Kooperationen über die Nutzungsrechte von international mobilen oder herrenlosen Ressourcen (common heritage of mankind) überfordert. Entwicklungsländer würden somit im internationalen Bereich ähnliche Fehler wie im eigenen Land machen, nämlich einseitig auf staatliche Kontrollen bei Nutzungsrechten und direkte staatliche Beteiligung an der Exploitation dieser Ressourcen zu bauen.